

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	10/2011
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	27. September 2011
Zeit:	19.05 Uhr – 22.15 Uhr
Ort:	Sitzungssaal im Rathaus
Vorsitz:	Bürgermeister Althoff
Mitglieder anwesend:	Stadträte Eisenhauer, Wilschko, Klaus Rupp, Unger, Bergsträsser, Berroth, Keller, Schimpf, Schubert, Fritsch, Rehberger, Hoschuh, Hermann Streib, Karlheinz Streib, Volk, Katzenstein, Schmitz-Günther und Schwenk Stadträtinnen von Reumont, Schweiger, Geißler und Groesser
weiter anwesend:	Ortsvorsteher Stumpf
Mitglieder entschuldigt:	Stadträte Christian Rupp und Hertel
Urkundspersonen:	Stadträtin von Reumont und Stadtrat Schmitz-Günther
Sachvortrag:	Herr Moll zu TOP 5.3 Frau Schulleiterin Marker-Schrotz zu TOP 6
von der Verwaltung anwesend:	Herr Dr. Scheffzyk und Herr Seiz
Schriftführer:	Frau Ehrenfried

FRAGESTUNDE

Herr Gassert spricht die aktuelle Verkehrsführung in der Altstadt an und äußert sich skeptisch zur erreichten Verkehrinsel im Bereich der Volksbank. Aus seiner Sicht wäre sie vor der Postagentur sinnvoller gewesen. Frau Jonas fordert mehr Berücksichtigung der Fußgänger.

Frau Hertlein und Frau Frey stellen sich vor und erkundigen sich, weshalb der Zebrastreifen im Bereich des Marktplatzes entfernt wurde. Dies ist laut Bürgermeister Althoff in Zusammenhang mit der Einrichtung des verkehrsberuhigten Bereichs mit Geschwindigkeitsbegrenzung auf 7 km/h erfolgt. In diesem Bereich sind Fußgänger und Fahrzeuge gleichberechtigt, insofern entfällt die Notwendigkeit eines Zebrastreifens. Frau Frey bittet um die Durchführung von Polizeikontrollen zur Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung. Bürgermeister Althoff steht derzeit zur Klärung der Frage, in wie weit Kontrollen im Bereich der Provisorien zulässig sind, mit dem Landratsamt in Kontakt. Weiterhin erkundigen sich die Damen nach dem Sachstand der Durchführung der zugesagten Verkehrszählung im Bereich der Julius-Menzer-Straße. Bürgermeister Althoff hat hierzu keinen neueren Informationsstand. Tatsache ist, dass die Zählung durch das Landratsamt durchgeführt wird.

Herr Erban bedauert, dass die Zufahrten zum Tunnel so wenig attraktiv gestaltet sind. Er möchte wissen, welchen Einfluss die Stadt auf die entsprechenden Fachbehörden habe. Er schlägt zudem eine andere Beschilderung zum Parkhaus Pflughof vor, in dem auf der Beschilderung an der Kreuzungsanlage B 37/45 die Parkmöglichkeiten durch den Tunnel ausgedeutet werden. Hinsichtlich der Einflussmöglichkeiten der Stadt auf die zuständigen Behörden teilt der Bürgermeister mit, dass die Verwaltung die meisten Kritikpunkte von Herrn Erban genauso sieht. Die Beschilderung ist noch optimierungswürdig. Der Bürgermeister führt weiterhin aus, dass der bereits mehrmals angesprochene Kreisel von ihm schon im Jahr 2006 gefordert wurde.

Frau Heermann gibt die Klagen einiger Gewerbetreibender in der Altstadt zur Kenntnis. So haben sich Kunden bei Herrn Leist beschwert. Weiterhin sei der Anlieferungsverkehr an die Post wegen der Pflanzkübel erschwert.

Frau Tienes kritisiert die fehlende grüne Welle. Sie hält das Halten des Busses in der Julius-Menzer-Straße auf der Fahrbahn für nicht sinnvoll, da dadurch der aus der Stadt hinausfließende Verkehr stockt. Des Weiteren schlägt sie die Abschaltung der Ampelanlage am Profi-Markt ab 20 Uhr vor.

Frau Stalinger schlägt eine Bypass-Regelung am Profi-Markt vor.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Stadtrat Katzenstein den Antrag, dass die Beratung zu TOP 5 um die Thematik „Altstadtverkehrskonzept“ erweitert wird. Der Bürgermeister teilt mit, dass dies nach der Gemeindeordnung nicht zulässig ist. Er schlägt vor, das Thema auf der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Verkehr zu behandeln. Das Gremium hält es für wichtig, dass dieses Thema im Gemeinderat behandelt wird. Da auch die anderen Fraktionen Verbesserungsvorschläge ausgearbeitet haben, verständigen sich Gemeinderat und Verwaltung darauf, nach der Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Verkehr am 11.10.2011 um 19.00 Uhr eine Gemeinderatssitzung zu diesem Themenkomplex durchzuführen.

1: **Genehmigung des Protokolls Nr. 8/2011 vom 5. Juli 2011**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Gemeinderäten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird genehmigt.

2: **Genehmigung des Protokolls Nr. 9/2011 vom 26. Juli 2011**

2.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Gemeinderäten im Wortlaut vor.

2.2: **Beratung:**

2.3: **Beschluss:**

Stadträtin Schweiger spricht den TOP 4.2: "Gestaltung des Hanna- Weis- Platzes" an. Bei ihrer Wortmeldung ist zu ergänzen, dass sie darum gebeten habe, dass bei der Auswahl der Bänke darauf geachtet werden solle, dass diese seniorengerecht mit Seiten- und Rückenlehnen ausgeführt sind.

Das Protokoll wird mit aufgeführter Korrektur und vorbehaltlich der Genehmigung durch die 2. Urkundsperson genehmigt.

3: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 10/2011 vom 26. Juli 2011 gefassten Beschlüsse**

3.1: **Sachvortrag:**

Der Bürgermeister gibt die Beschlüsse der nichtöffentlichen Sitzung entsprechend der Vorlage bekannt. Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

3.2: **Beratung:**

3.3: **Beschluss:**

4: **Geänderte Anordnung der KFZ- Stellplätze am Hanfmarkt und in Bereichen der Hauptstraße**

4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Stadtbauamtes ist dem Original- Protokoll als Anlage beigelegt. Bürgermeister Althoff teilt mit, dass der Gewerbeverein die Errichtung von Kurzzeitparkplätzen am Hanfmarkt beantragt habe. Herr Dr. Scheffczyk stellt die verschiedenen Planungsvarianten vor. Er führt aus, dass die Variante 2 die aktuelle Situation darstellt. Diese Variante präferieren auch die Stadtplaner. Die Verwaltung könne sich im Gegensatz zu den Planern eine Kombination aus der Variante 1 und 2 vorstellen.

4.2: **Beratung:**

Stadträtin von Reumont führt in ihrer Stellungnahme für die CDU- Fraktion aus, dass zum Ausdruck gebracht werden muss, dass die Kunden und Gewerbetreibende in Neckargemünd willkommen sind. Die Provisorien bieten den Vorteil, dass man nachvollziehbaren Sorgen der Gewerbetreibenden Rechnung tragen kann. Sie schlägt vor, den Hanfmarkt über die komplette Zeit der Provisorien für Kurzzeitparker kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Volk teilt für die Freien Wähler mit, dass die Zielsetzung als Orientierung im Auge behalten werden müsse. Die Zielsetzung ist, den Durchgangsverkehr aus der Altstadt herauszunehmen, der Zielverkehr aber in die Altstadt hinein fahren kann. Der Bedarf an Kurzzeitparkplätzen im Bereich des Hanfmarktes ist offensichtlich gegeben. Die Freien Wähler sprechen sich bis zur Erstellung eines Parkraumbewirtschaftungskonzeptes für die Bereitstellung von kostenfreien Kurzzeitparkplätzen (bis zu maximal 30 Minuten) am Hanfmarkt aus. Stadtrat Volk weist darauf hin, dass viele geschäftsnahe Parkplätze von Mitarbeitern der Gewerbetreibenden den ganzen Tag über in Anspruch genommen werden, was seiner Ansicht nach unterbunden werden sollte. Hierauf sollten die Gewerbetreibenden im eigenen Interesse selbst hinwirken. Abschließend mahnt er die zügige Umsetzung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes an.

Stadtrat Schubert für die SPD- Fraktion schlägt eine neue Variante vor, die auf Grundlage von Variante 2 eine Verlegung des Zebrastreifens um 2 m Richtung Elsenzbrücke vorsieht. Dann könnte man vor dem Buchladen 2 Stellplätze in Längsrichtung anlegen. Zusätzlich kann er sich noch 2 Parkplätze parallel nebeneinander vor der Metzgerei für die Zeit des Provisoriums vorstellen.

Stadtrat Katzenstein spricht sich für die Grünen- Fraktion gegen die Verlegung der Bushaltestelle aus. Die Busnutzer müssen Vorrang vor den Parkplatznutzern haben. Er sieht vor dem Haus Nr. 77 die Möglichkeit, Kurzzeitparkplätze einzurichten. Stadtrat Katzenstein ist der Meinung, dass mit geeigneten Maßnahmen das Parken zwischen den Blumenkübeln verhindert werden müsse. Die Geschäftsleute sollten die Möglichkeit haben, in diesem Bereich beispielsweise Bistrotische aufzustellen. Der Bedarf an Kurzzeitparkplätzen im Bereich des Hanfmarktes wird ebenfalls gesehen.

Stadtrat Berroth spricht sich deutlich gegen die Verlegung der Bushaltestelle auf die Brücke aus.

Stadträtin Schweiger erkundigt sich, ob sich die diskutierten Lösungsmöglichkeiten ausschließlich auf die Zeit des Provisoriums beziehen. Dies bejaht der Bürgermeister.

Stadtrat Volk bittet um ein schnelles Herstellen der Kurzzeitparkplätze im Bereich des Hanfmarktes. Es soll dort nur noch ein kurzfristiges Parken von 20 – 30 Minuten möglich sein. Dies soll kostenfrei sein. Stadträtin Groesser macht darauf aufmerksam, dass diese Beschlussfassung auch nicht auf der Tagesordnung steht, womit eine entsprechende Beschlussfassung in der heutigen Sitzung ausscheidet. Der Sachverhalt sollte zunächst in der Parkraumbewirtschaftungskommission behandelt werden.

Bürgermeister Althoff fasst zusammen, dass die angesprochenen Themen in der Gemeinderatssitzung am 11.10.2011 behandelt werden sollen. Die Verkehrsplaner werden die angesprochenen Varianten prüfen.

- 5: **Verkehrssituation in Neckargemünd Information über Ortstermin mit Fachbe-
hörden**
- 5.1: **Information über weitere Optimierung der Verkehrsführung Hollmuth-
Tunnel**
- 5.2: **Radwegplanung**
- 5.3: **Schulwegempfehlung für Grundschule Neckargemünd
-Vorstellung Entwurf und Beschluss**

Sachvortrag:

Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original- Protokoll als Anlage beigelegt. Der Bürgermeister geht auf die bei der Verkehrstagfahrt am 01.09.2011 angesprochenen Verkehrsführungen und Ampelschaltungen ein.

Beratung:

Die fehlende Bedarfsampel an der Walkmühle wird allgemein kritisiert. Hier müssen die Schüler die Straße bei der Bushaltestelle ohne Ampelanlage überqueren. Stadtrat Keller spricht mehrere fehlende Markierungen, die auf die neue Rechts- vor-Links-Regelung in der Altstadt hinweisen, an. Hier fehlen mehrere Blockmarkierungen bzw. Haltelinien, beispielsweise bei der Bürgermeister-Müßig-Straße.

Stadtrat Katzenstein führt zur Führung des Radweges an der Bammentaler Straße an, dass es Stand der Technik ist, den Radfahrer vor der Abzweigung in Richtung Tunnel auf die Straße zu führen. Er erkundigt sich, warum Fahrradfahrer den Tunnel nicht nutzen dürfen. Herr Seiz teilt hierzu mit, dass dies aus Sicherheitsgründen nicht möglich ist, da im Tunnel keine Ausweichmöglichkeit gegeben ist. Weiterhin teilt Stadtrat Katzenstein mit, dass das Zeichen 240 (gemeinsamer Fuß- und Radweg) am „Alten Postweg“ bei der Zufahrt zum THW falsch ist, da dann gar kein Fahrzeugverkehr zulässig wäre. Außerdem sei die Benutzungspflicht für den Radweg „Wiesenbacher Straße“ seiner Meinung nach nicht nötig.

Stadträtin Geißler spricht den Radweg Richtung Bammental an und teilt mit, dass dieser am Elsenzsportplatz endet. Somit endet an dieser Stelle auch die Benutzungspflicht des Radweges. Sie schlägt die Anbringung eines Schildes vor, das den reinen Gehweg besser kennzeichnet, da es wichtig ist, dass die Autofahrer erkennen, dass die Radfahrer ab diesem Punkt den Weg verlassen und die Straße benutzen müssen.

Zur Schulwegempfehlung macht der Bürgermeister deutlich, dass es keine Verpflichtung der Kommune hierzu gibt. Es ist Aufgabe der Schule, gemeinsam mit den Eltern und den Fachbehörden eine Schulwegplanung zu erstellen. Herr Moll erläutert detailliert die Ergebnisse der Begehung hinsichtlich der Schulwegempfehlung für die Grundschule Neckargemünd.

Stadträtin Schweiger hält es für bedauerlich, dass die Schulwegempfehlung nicht vom Elternbeirat kommt. Sie kritisiert, dass die Banngartenstraße von vielen genutzt wird, die dort keine Anwohner sind. Sie spricht sich für einen verkehrsberuhigten Bereich in der Banngartenstraße aus. Die CDU-Fraktion spricht sich für die Anbringung eines Geländers über die neue Elsenzbrücke aus. Sie erinnert an die sichere Überquerung der Julius-Menzer-Straße im Bereich des S-Bahn-Haltepunktes.

Stadtrat Rehberger teilt mit, dass das Geländer an der neuen Elsenzbrücke im Bereich des Hollmuth- Tunnels von den Freien Wählern ebenfalls befürwortet wird.

Stadtrat Schimpf ist der Auffassung, dass das Land bei der Geländererstellung zahlungspflichtig ist. Weiterhin vertritt Stadtrat Schimpf die Meinung, dass der Schleich-

verkehr durch die Banngartenstraße durch geeignete Maßnahmen unterbunden werden muss. Er schlägt einen großräumigen verkehrsberuhigten Bereich von der Schützenhausbrücke bis zur Eisenbahnunterführung vor.

Stadträtin Groesser sieht das Geländer am Hollmuth-Tunnel kritisch. Ihrer Auffassung nach gibt es gefährlichere Verkehrssituationen auf dem Schulweg. Sie schlägt ein kurzes Geländer am Tunnelmund und am Treppenaufgang vor.

Stadtrat Schmitz-Günther spricht sich gegen die Einrichtung des Fußgängerüberweges an der Julius-Menzer-Straße aus, weil die Einsichtbarkeit des Zebrastreifens schlecht ist. Er spricht sich auch gegen eine Bedarfsampel dort aus, da dadurch der Verkehrsfluss behindert wird, was wiederum der Zielsetzung, den Verkehr durch die Umgehungsstraße aus der Altstadt zu leiten, zuwider läuft.

Stadtrat Volk spricht sich ebenfalls gegen den Zebrastreifen in der Julius-Menzer-Straße aus, da oben am Stadttor eine Ampelanlage vorhanden ist und zudem der Menzer-Park seiner Ansicht nach als Schulweg ungeeignet ist.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Stellungnahmen des Straßenverkehrsamtes zu den Ziffern 5.1 und 5.2 zur Kenntnis.

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung bei zwei Gegenstimmen im Zusammenhang mit Ziffer 5.3 „Schulwegempfehlung für die Grundschule Neckargemünd“ damit, einen Antrag auf Anbringung und Finanzierung eines Geländers über die Eisenbahnbrücke beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis zu stellen. Nach Entscheidung des Landratsamtes wird der Sachverhalt nochmals dem Gemeinderat vorgelegt.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Beantragung eines verkehrsberuhigten Bereichs von der Schuleinfahrt (Luisenstraße) bis zur Unterführung Elisabeth-Walter-Straße beim Landratsamt.

6: **Schulangelegenheiten** **Realschule Neckargemünd - Ganztageschulbetrieb**

6.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Frau Schulleiterin Marker-Schrotz stellt das pädagogische Konzept für den Ganztagsbetrieb anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation ist als Anlage beigelegt.

6.2: **Beratung:**

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, für die Realschule Neckargemünd einen Antrag auf Einrichtung einer Ganztageschule in offener Angebotsform zum Schuljahr 2011/2012 zu stellen.

Die Stadt Neckargemünd übernimmt im Rahmen der Einrichtung der Ganztageschule die Sachkosten für die Ganztageschule sowie ggfs. anfallende Personalkosten.

7: **Neue Medien im Ländlichen Raum:**
Ausbau einer flächendeckenden Breitbandversorgung in den Stadtteilen
-Vergabe Breitbandausbau Dilsberg/Dilsbergerhofergarten-Bedarfsplanung
2011/2012

7.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Stadtbauamtes ist dem Original- Protokoll als Anlage beigelegt. Der Bürgermeister erläutert die Vorlage kurz.

7.2: **Beratung:**

Stadtrat Berroth erkundigt sich, wieso im Dilsbergerhof das Internet so viel langsamer ist als im Dilsberg. Der Bürgermeister teilt hierzu mit, dass die Kupferleitungen, die zum Dilsbergerhof führen, Übertragungsverluste haben. Dies führt zu einer geringeren Leistung. Er teilt weiterhin mit, dass sich die vorgesehenen Aufrüstungen in Neckargemünd auch positiv auf den Internetempfang im Dilsbergerhof auswirken. Stadtrat Volk hält die vorgesehenen Maßnahmen für sinnvoll, merkt aber an, dass dieser Sachverhalt ein Beispiel dafür ist, dass die Kommunen Geld investieren müssen, damit Privatunternehmen Geld verdienen können.

7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt einstimmig die Vergabe zur Realisierung eines Breitbandausbaus in Dilsberg und Dilsbergerhof mit einem Zubetragsbetrag in Höhe von 63.604,00 € an die Telekom Deutschland GmbH.

8: **Verschiedenes**

Naturparkmarkt

Der Bürgermeister lobt Frau Schweiger für die hervorragende Organisation des erstmals durchgeführten Naturparkmarktes am 25. September 2011. Es sei geplant, dass der Naturparkmarkt im nächsten Jahr wieder stattfindet.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
 Stadträtin von Reumont

Der Schriftführer

Stadtrat Schmitz-Günther